



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Soziales und Gesundheit
der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Dietmar Weinert

Wiesbaden, 19.09.2013

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Soziales und Gesundheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

**zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Soziales und Gesundheit
am Mittwoch, 25. September 2013, um 17:00 Uhr,
Gemeindezentrum St. Klara, Graf-von-Galen-Str. 3, Wiesbaden-Klarenthal**

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschriften vom 8.5.2013 und 19.6.2013
2. 13-F-07-0008

Plausibilitätsprüfung bei Neu- und Umbauten von Kitas
- Antrag der Fraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 17.9.2013 -

Sinn und Nutzen einer Plausibilitätsprüfung bei Bauvorhaben ist die rechtzeitige, d.h. vor Baubeginn, Überprüfung der geplanten Baukosten. Da die Stadt mit diesem Instrument der frühzeitigen Kontrolle bei städtischen Vorhaben gute Erfahrung gemacht hat, wäre es ratsam diese Überprüfung bei Neu- oder Umbauten von Kitas durch private Träger ebenso durchzuführen.

Anlass zu dieser Überlegung ist der Zuschuss (1.670.000,- €) für die Kita Deutsches Rotes Kreuz, Klarenthal, der mit Beschluß 0284 (12-V-51-0006) der Stadtverordnetenversammlung am 21.06.2012 genehmigt wurde. Zusätzliche Krippengruppen werden mit Landesmitteln noch extra gefördert. Jetzt wurden die geplanten Gesamtkosten "durch nicht absehbare Kosten für den Einbau eines Aufzuges, eines Fettabscheiders in der Küche sowie Materialkostensteigerungen" um 180.000,- € massiv erhöht, die durch einen zusätzlichen städtischen Zuschuss gedeckt werden müssen.

Der Ausschuss möge beschließen:

- Der Magistrat wird gebeten zu berichten, welche Möglichkeit er sieht, bei Neu- und Umbauten von Kitas derartige Mehrkosten zukünftig für die Stadt zu vermeiden, indem auch private Träger die städtischerseits bezuschusst werden, ebenso wie für städtische Bauvorhaben eine rechtzeitige Plausibilitätsprüfung verpflichtend ist.

3. 13-F-03-0108

Parkerleichterungen für ehrenamtlich Tätige
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.9.2013 -

Ehrenamtlich Tätige leisten einen überaus wichtigen Beitrag für das Gemeinwohl Wiesbadens. Die Stadt Wiesbaden erkennt diese Leistungen z.B. mit der „Ehrenamtskarte“ an. Teilweise sind die ehrenamtlich Tätigen gezwungen, Fahrten im eigenen PKW vorzunehmen, um ihre gemeinnützigen Tätigkeiten auszuüben - beispielsweise wenn bei der Wiesbadener Tafel e.V. Lebensmittel zu den Ausgabestellen gebracht werden. Wegen der teilweise geringen Verfügbarkeit von Parkplätzen kann es hierbei zu Parkverstößen kommen. Andere Städte, z.B. Friedrichshafen, gewähren den ehrenamtlich Tätigen, welche besonderen Bedarf an der Nutzung des Privatfahrzeugs und besonderen Stellplätzen für die Ausübung ihres Ehrenamts haben, Parkerleichterungen iSd § 46 StVO.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt,

Parkerleichterungen für ehrenamtlich Tätige mit besonderen Bedarfen während ihres ehrenamtlichen Einsatzes zu ermöglichen.

4. 13-F-03-0109

Rauchverbot auf Kinderspielplätzen

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.9.2013 -

Die Stadt Wiesbaden unterhält ca. 150 Kinderspielplätze. Leider kommt es immer wieder vor, dass auf den Kinderspielplätzen geraucht wird und es zur Verunreinigung durch achtlos weggeworfene Zigarettenstummel kommt. Eine Möglichkeit, dieses speziell für kleine Kinder gefährliche Verhalten zu unterbinden, wäre ein Rauchverbot auf den Kinderspielplätzen Wiesbadens, welches z.B. mit einer Änderung der Gefahrenabwehrverordnung eingeführt werden könnte.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt,

ein Rauchverbot für öffentlich zugängliche Kinderspielplätze einzuführen.

5. 13-F-03-0110

Auswirkungen des möglichen HSK Verkaufs

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.9.2013 -

Wie aus der aktuelle Presse zu entnehmen ist, hat die Rhön AG den Großteil ihrer Kliniken an das Gesundheitsunternehmen Fresenius Helios veräußert. In Wiesbaden sind neben der DKD, Aukammklinik auch die HSK Kliniken betroffen, an denen die Stadt mehrheitlich beteiligt ist.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. Welche Kenntnisse hat der Magistrat von den Absichten des Gesundheitsunternehmens Fresenius Helios bezüglich der Gesundheitsvorsorge in Wiesbaden?
2. Wie bewertet der Magistrat den Vorgang?

6. 13-F-08-0070

Augenärztlicher Notdienst in Wiesbaden
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 18.9.2013 -

Seit mittlerweile einem Jahr gibt es in Wiesbaden keinen augenärztlichen Notdienst mehr.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Warum wurde der von den niedergelassenen Augenärzten Wiesbadens betriebene augenärztliche Notdienst im Oktober 2012 eingestellt?
2. Ist dem Magistrat bekannt, ob es Pläne gibt, zukünftig wieder einen augenärztlichen Notdienst nachts und an den Wochenenden zu installieren?
3. Welche Pläne verfolgt der Magistrat, um sicherzustellen, dass auch in Wiesbaden eine augenärztliche Notversorgung gewährleistet wird?

7. 13-F-08-0071

Gesundheitsgefahr durch Legionellen im öffentlichen Raum
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 18.9.2013 -

Eine erhöhte Infektionsgefahr mit dem Bakterium *Legionella pneumophila*, durch das die sog. „Legionärskrankheit“ oder Legionellose verursacht wird, ist bei stehendem Warmwasser gegeben, insbesondere wenn Aerosole dieses Wassers eingeatmet werden. Infektionen können dann bis zu einer Entfernung von 200 Meter zum Infektionsherd auftreten. Im öffentlichen Raum bestehen erhöhte Gefährdungslagen etwa im Umfeld von Springbrunnen oder Kläranlagen. So ist z.B. der bislang größte Ausbruch einer Legionellen-Epidemie in Deutschland 2010 mit 5 Toten und 64 Infizierten im Raum Ulm beobachtet worden, der durch die Kühltürme eines Blockkraftwerkes verursacht wurde.

Der Ausschuss wird deshalb gebeten zu beschließen:

Der Magistrat möge berichten,
ob ihm Erkenntnisse über die Besiedlung Wiesbadener Wasserquellen, Springbrunnen, Klärwerke oder Ähnlichem durch Legionellen vorliegen.

8. 13-F-33-0079

Kindertageseinrichtungen und Schulen mit besonderem Bedarf
- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 22.4.2013 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, für welche Kindertageseinrichtungen bzw. Schulen in Wiesbaden eine gesonderte Förderung aufgrund § 32 Absatz 4 Kinderfördergesetz bzw. gemäß Sozialindex des Hessischen Kultusministeriums in welcher Höhe (Finanzmittel bzw. Stellen) zu erwarten ist.

9. 13-F-33-0079

JULEICA
- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 18.9.2013 -

Die Inhaber der Jugendleitercard [Juleica] haben bestimmte Ausbildungsmodule, z.B. pädagogische Grundlagen der Gruppenarbeit und Rechtsfragen, durchlaufen. Seit dem 01.07.2012 erhalten Inhaber der Juleica auch Vergünstigungen in Wiesbaden (z.B. mattiaqua, Caligari, Nerobergbahn) und damit eine Anerkennung und Wertschätzung ihrer Arbeit. Die Vergünstigungen bei diesen städtischen Einrichtungen sollen als Startschuss für weitere Vergünstigungen verstanden werden.

Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

nach Rücksprache mit dem Stadtjugendring Kontakt mit der Wiesbadener Privatwirtschaft aufzunehmen, um weitere Vergünstigungen für die Inhaber der Jugendleitercard (Juleica) zu erreichen.

10. 13-F-03-0067

ANLAGE

Nichtraucherschutz in der City-Passage
- *Bericht des Dezernates VII vom 9.8.2013* -

11. 13-F-33-0060

ANLAGE

Hygienestandards in den Horst-Schmidt-Kliniken (HSK)
- *Bericht des Dezernates VI vom 27.8.2013* -

12. 13-A-50-0001

Aktuelle Entwicklungen im Sozial- und Gesundheitsbereich

13. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 13-V-11-2005

DL 42/13-1 NÖ

Integriertes Gesundheitsmanagement - Gutachten von Herrn Prof. em. Dr. rer. soc. Bernhard Badura vom 05.06.2013

2. 13-V-20-0065

DL 38/13-2

Umsetzung der Empfehlungen aus der 168. Vergleichenden Prüfung "Gesundheitswesen - Kliniken"

3. 13-V-51-0040

DL 38/13-3

"Bericht Tagesbetreuung für Kinder 2012/2013"

4. 13-V-51-0042

DL 42/13-8

Wohnungsbauprogramm 2013 Kontingentsanmeldung_02

5. 13-V-51-0043

DL 42/13-9

Neuer Mietvertrag und Leistungsvertrag mit dem Nachbarschaftshaus Wiesbaden

6. 13-V-51-0046

DL 42/13-10

U3 - Ausbauprogramm 48; Schaffung von 30 zusätzlichen Krippenplätzen in der städtischen KT Wolfsfeld, Ausführungsvorlage

7. 13-V-51-0047 DL 42/13-11

U3- Ausbauprogramm 48; Schaffung von 40 zusätzlichen Krippenplätzen und 40 Elementarplätzen in einer Kindertageseinrichtung in Dotzheim - Grundsatzvorlage

8. 13-V-51-0049 DL 42/13-12

U3 - Ausbauprogramm 48; Schaffung von 20 neuen zeitlich befristeten Krippenplätzen in der Containeranlage Schlangenbader Straße

9. 13-V-51-0050 DL 39/13-1

Alle Chancen für ...! Wiesbadener Handlungsprogramm zum Abbau herkunftsbedingter Bildungsbenachteiligung; Bericht des Fachbeirates

10. 13-V-51-0052 DL 39/13-2

Geschäftsbericht der Schulsozialarbeit Wiesbaden für das Schuljahr 2011/2012

11. 13-V-80-8013 DL 43/13-4

Projekt 'Haushaltsnahe Dienstleistungen - Alltagsengel' - Verlängerung 2014 bis 2016

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Ulrich Weinerth
Vorsitzender